

Antrag
der Fraktion der SPD

Für eine friedliche Lösung des Golfkonflikts

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich mit allen Kräften dafür einzusetzen, daß die Forderung des VN-Sicherheitsrates an den Irak, Kuwait zu räumen, durch konsequente Anwendung der beschlossenen Sanktionen und nicht durch Anwendung militärischer Gewalt durchgesetzt wird.

Ein kriegerisches Vorgehen gegen den Irak würde nicht allein eine unabsehbare Zahl von Opfern fordern, sondern selbst bei einer – keineswegs gewissen – zeitlichen und räumlichen Begrenzung, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Region nur noch weiter vergrößern. Es würde die Gefahr mit sich bringen – mit weltweiten politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen – die ganze Region in Brand zu setzen.

Der Deutsche Bundestag wendet sich gegen jeden militärischen Automatismus auf der Grundlage des Beschlusses des VN-Sicherheitsrates vom 29. November 1990. Er lehnt deshalb militärische Gewaltmaßnahmen gegen den Irak nach Ablauf des Ultimatums zum 15. Januar 1991 ab. Statt dessen fordert der Deutsche Bundestag die lückenlose Einhaltung und weitere Verschärfung des Embargos gegen den Irak. Er bekräftigt den Willen der Bundesrepublik Deutschland, ein solches Embargo gegen den Irak so lange weiterzuführen, bis der Irak das Staatsgebiet Kuwaits geräumt hat.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) unter Einbeziehung arabischer Staaten für Gespräche mit dem Irak ohne weitere Vorbedingungen einzusetzen und in diesem Rahmen darauf hinzuwirken, daß der Generalsekretär der Vereinten Nationen seine entsprechenden Bemühungen erneut aufnimmt. Ziel dieser Gespräche muß es sein, den Abzug des Irak aus Kuwait zu erreichen und die Grundlage für eine Friedensordnung im Mittleren und Nahen Osten zu schaffen.

Berlin, den 20. Dezember 1990

Dr. Vogel und Fraktion

